

# Blickpunkt



# Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf  
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



## Hochschule

## Vorstandswahlen

## Schöne Sommerzeit!



Liebe Leserinnen und Leser,

680.000 Studierende sind derzeit an Hochschulen in NRW eingeschrieben. Um sie, ihre Studienbedingungen, die Handlungsspielräume der Hochschulen sowie den Grad der Landesplanung in diesem Bereich geht es im geplanten Hochschulzukunftsgesetz der Landesregierung. In einer Anhörung wurde dem Entwurf auf den Zahn gefühlt und

das verursachte viele Schmerzen. Die Experten ließen an dem Gesetzentwurf kein gutes Haar: „Bürokratische Gängelung“, „Engsteuerung“, „Entmündigung“, „Geist des Misstrauens im Gesetz“, „planwirtschaftliche Vorgaben durch das Ministerium“, „Geist des autoritären Staates und Rückfall ins 19. Jahrhundert“ – hagelte es Kritik von den eingeladenen Expertinnen und Experten.

„Warum vertrauen Sie Ihren Hochschulen nicht?“ Diese Frage von Prof. Dr. Dieter Lenzen (Hochschulrektorenkonferenz) fasste ein zentrales Kritelement zusammen, das viele Fachleute mit Blick auf das vorgesehene Hochschulzukunftsgesetz teilten. Sie befürchten eine Einschränkung der Autonomie der Hochschulen. Denn ohne wirkliche Finanzautonomie, Per-

sonalautonomie und Organisationsautonomie laufe auch die akademische Autonomie ins Leere. Die Planung kann nicht nur allein durch die Regierung erfolgen. Viele Experten befürchten, dass es mit diesem Gesetzentwurf keine aussichtsreiche Zukunft für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen mehr gibt.

Rot-Grün kann jetzt noch die Notbremse ziehen und den Entwurf zurückziehen und überarbeiten. Falls nicht, dann befürchte ich Schlimmes für unsere derzeit noch glänzend dastehende Hochschullandschaft.

Ihre

*A. Birkhahn*  
Astrid Birkhahn

## Astrid Birkhahn in CDU-Fraktionsvorstand im Landtag NRW gewählt

Die CDU-Landtagsfraktion im Landtag NRW hat am 01. Juli 2014 einen neuen Geschäftsführenden Fraktionsvorstand gewählt. Erstmals wurde die Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn aus dem Kreis Warendorf als Beisitzerin in den Geschäftsführenden Fraktionsvorstand gewählt. Birkhahn vertritt den Themenbereich Soziales im neuen Vorstand. Die Bildungspolitikerin ist im Landtag NRW stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie für Familie, Kinder und Jugend. Im Kreis Warendorf engagiert sie sich seit Jahren als familien- und sozialpolitische Sprecherin der CDU-Kreistagsfraktion. „Über die Wahl als Beisitzern freue ich mich sehr. Das neue Amt ist eine große Herausforderung, der ich mich gerne stelle. Meine Erfahrungen aus dem Kreis Warendorf

sind eine solide Basis dafür. Jetzt gilt es die Wende zu schaffen und die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass NRW bislang deutlich unter Wert und mit der CDU ab 2017 besser regiert werden könnte. In meinem neuen Amt werde ich versuchen dazu einen Beitrag zu leisten und baue weiterhin auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Münsterland“, so Birkhahn. Die Wahl von insgesamt vier Beisitzerinnen und Beisitzern war ein Novum bei der Wahl des Fraktionsvorstandes. Die Landtagsfraktion beschloss dazu eine Änderung der Geschäftsordnung, sodass es statt der bisherigen Praxis der Kooptierung nun gewählte Beisitzerinnen und Beisitzer gibt.

## Mitmachen beim Grundsatzprogramm der CDU NRW



Der Reformkongress in Köln war ein gelungener Auftakt zur Programmdebatte

Mit großem Erfolg und einer regen und breiten Beteiligung ist die CDU Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr in ihren Grundsatzprogrammprozess gestartet. Auftakt des Prozesses waren der Reformkongress sowie die insgesamt sieben Regionalkonferenzen. Auf diesen Veranstaltungen hat sich die Partei mit ihren Grundüberzeugungen und deren Gültigkeit in der heutigen Zeit intensiv auseinandergesetzt. Die Diskussionen waren äußerst anregend und fruchtbar.

Die wesentlichen Argumente und Gedanken der auf den Veranstaltungen gehaltenen Vorträge und Referate hat die CDU NRW in einer Broschüre zusammenge-

fasst. Diese Schrift soll Orientierung und Anregungen für den weiteren Grundsatzprogrammprozess geben. Hier geht es zur Broschüre: <http://www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/042014-broschuere-gpp.pdf>

Bei CDUplus können CDU-Mitglieder am Grundsatzprogrammprozess mitarbeiten (Anmeldung erforderlich!) „Jedes CDU-Mitglied hat die Chance, seine Ideen in das Grundsatzprogramm einzubringen und damit mitzugestalten. Ich kann nur jeden zu diesem basisdemokratischen Angebot einladen“, so Astrid Birkhahn.

## Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Vom 02. bis 04. Juli 2014 stand im Landtag NRW die letzte Plenarwoche vor der sitzungsfreien Sommerzeit an. Dabei wurde noch einmal heiß diskutiert und Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht. Auch der zukünftige Umgang mit extremistischem **Salafismus** stand



auf der Tagesordnung sowie der Erhalt der Vielfalt und Qualität im **Journalismus** in NRW. Zudem debattierte der Landtag über das **transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP**. Die Nebeneinkünfte der Landtagsabgeordneten sind bald nicht länger geheim. SPD, CDU, Grüne und FDP einigten sich auf eine **Änderung des Abgeordnetengesetzes**. Regelmäßige Bezüge müssen künftig nach Einkommensstufen veröffentlicht werden (siehe Artikel Seite 4). Für Diskussion sorgte auch das Urteil zur verfassungswidrigen Nullrunde der **Beamtenbesoldung**. Das Verfassungsgericht kippte das Vorhaben von Rot-Grün am 01.07.2014 (siehe Artikel Seite 3). Nach dem Willen der CDU soll zukünftig eine **transparente Veräußerung von Grundstücken** sichergestellt werden. Alle Entscheidungen der vergangenen Plenarwoche finden Sie im Internet unter: [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).



## Verfassungsrichter kippen Beamtenbesoldung in NRW

Die rot-grüne Landesregierung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat wegen unseriöser Finanzpolitik erneut eine herbe Niederlage vor dem Landesverfassungsgericht in Nordrhein-Westfalen



Bild: Lupo\_pixelio.de

erlitten: Der Verfassungsgerichtshof (VGh) rügte am 01.07.2014 die ungleiche Behandlung bei der Beamtenbesoldung und verwarf Nullrunden für höhere Besoldungsgruppen. Grundsätzlich darf demnach die Gehälterentwicklung von Lehrern, Polizisten oder Richtern nicht von der jeweiligen Haushaltslage abhängig gemacht werden. Im Extremfall würden dem Land durch Rückzahlungen zusätzliche Kosten von bis zu 1,3 Milliarden Euro drohen. Die Landesregierung hatte Tarifverbesserungen für die Jahre 2013 und 2014 lediglich für untere Besoldungsgruppen vorgesehen und höhere ausgespart. Das entsprechende Besoldungsgesetz hatte 2013 eine rot-grüne Mehrheit im NRW-Landtag gegen den Widerstand von CDU, FDP, Piraten und den Rat von Verfassungsrechtlern beschlossen. „Die Deutlichkeit, mit der der Verfassungsgerichtshof das Besoldungsgesetz als ‚evident verfassungswidrig‘ abgeurteilt hat, ist schon bemerkenswert. Das zeigt, das Gesetz war handwerklich schlecht gemacht. Es war damit richtig, dass wir diese Klage erhoben haben. Damit kassiert die Regierung Kraft bereits die vierte schwere Niederlage beim Verfassungsgerichtshof in dem wichtigsten Politikfeld des Landes: der Haushalts- und Finanzpolitik“, so Birkhahn.

## NRW bleibt auch 2015 Schuldenkönig

Die Landesregierung hat ihren Etatentwurf für den Haushalt 2015 vorgestellt. Daraus geht hervor, dass NRW im kommenden Jahr 1,9 Milliarden Euro neue Schulden macht. Das ist zwar weniger als im letzten Jahr, gespart wird allerdings nicht. Das Minus kommt durch höhere Einnahmen zustande. So sollen die Steuereinnahmen um 4,1 Prozent auf 48,9 Milliarden Euro steigen. Der Haushalt insgesamt hat 2015 das Rekordvolumen von 63,7 Milliarden Euro. Das sind 2,2 Prozent mehr als vor einem Jahr.

„Trotz eines niedrigen Zinsniveaus, explodierender Steuereinnahmen und einer boomenden Konjunktur ist NRW weiter auf Rekordkurs, was das Schulden machen angeht. Rot-Grün plant für das nächste Jahr 1,9 Milliarden Euro neue Schulden. Damit bleibt das Land Schlusslicht auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2020“, so Birkhahn. Vorgehen ist zudem, dass im Saldo 808 insgesamt Perso-

nalstellen abgebaut werden sollen. An Schulen werden 1107 Stellen an "Zusatzkapazitäten" gestrichen, weil früher geleistete Überstunden der Lehrer inzwischen ausgeglichen worden sind.



## CDU, SPD, Grüne und FDP einigen sich auf mehr Transparenz im Abgeordnetengesetz

Die Fraktionen von CDU, SPD, Grüne und FDP haben heute Änderungen im NRW-Abgeordnetengesetz beschlossen. Sie sichern weitreichende Transparenz bei den Nebentätigkeiten der Parlamentarier zu.

Die Einigung in den Kernpunkten:

- Einkünfte müssen veröffentlicht werden, wenn sie im Ganzen die Bagatellgrenze von fünf Prozent der Abgeordnetenbezüge übersteigen. Das entspricht Einkünften von mehr als 536 Euro im Monat oder 6.432 Euro im Jahr.
- Die laufenden Einkünfte aus einer abhängigen, selbständigen oder freiberuflichen Tätigkeit werden jährlich – brutto – vor Steuern also nach dem entsprechenden Abzug von Aufwendungen angegeben. Dieses erfolgt in Stufen, beginnend bei 1.000 Euro. Weitere Stufen: 2.500 Euro, 5.000 Euro, 10.000 Euro, 20.000 Euro, 40.000 Euro, 60.000. Die Stufen sind nicht nach oben offen, sondern werden in Schritten von jeweils 30.000 Euro fortgesetzt.
- Die Einkünfte aus unregelmäßigen Einkünften beziehungsweise aus Tätigkeiten in Aufsichtsgremien sind auf Euro und Cent anzugeben. Darunter fallen auch Beratertätigkeiten oder Honorare. Diese Einkünfte sind monatlich – brutto – anzugeben.
- Der Mandanten- und Patientenschutz etwa für Anwälte und Ärzte bleibt in jedem Fall gewahrt, indem sie zwar alle Honorare über 2.000 Euro veröffentlichen müssen, aber ohne Nennung des Mandanten.
- Darüber hinaus wird die Beschäftigung von Verwandten der Abgeordneten bis hin zum dritten Verwandtschaftsgrad untersagt.

Astrid Birkhahn begrüßte die vorgenommenen Änderungen: „Das ist ein tragfähiger Kompromiss, der auch künftig eine breite Vertretung aller Bevölkerungsgruppen im Landtag ermöglicht und maßgeschneidert für Nordrhein-Westfalen ist.“

## Schöne Sommerzeit!

Der Landtag NRW geht in die sitzungsfreie Zeit. Aus diesem Grund melde ich mich mit meinem Newsletter im September wieder.

Bis dahin wünsche ich Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer und eine erholsame Zeit!

Ihre



Astrid Birkhahn



### Impressum

Blickpunkt Landtag  
für den Wahlkreis Warendorf I  
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

### Landtagsbüro

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon: 0211 - 884 - 2744  
Telefax: 0211 - 884 - 3346  
E-Mail: [astrid.birkhahn@landtag.nrw.de](mailto:astrid.birkhahn@landtag.nrw.de)  
[www.astrid-birkhahn.de](http://www.astrid-birkhahn.de)